



Neues aus dem Landtag

Jan. 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Januar in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

Neues aus dem Plenum

Niedersachsen handelt entschlossen bei der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes

75 Jahre Befreiung von Auschwitz

Tarifvertrag in Pflegeberufen

Stärkung der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen

Wasserstoffstandort Niedersachsen stärken



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

das neue Jahr(zehnt) 2020 ist für viele ereignisreich gestartet und hat sicherlich noch einige wichtige sowie spannende Momente zu bieten. Gerade für die Sozialdemokratie ist es in diesen Tagen besonders wichtig, dass wir im fairen Umgang miteinander um die besten Lösungen für die Zukunft des Landes kämpfen und diese auch geschlossen kommunizieren.

Die erst kürzlich vorgefallenen Ereignisse in Thüringen rund um die Wahl des Ministerpräsidenten der FDP, der nur mit Hilfe von Stimmen der AFD gewählt werden konnte, haben auch uns in der niedersächsischen Politik stark erschüttert. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt **„kein Fußbreit dem Faschismus“** seit 156 Jahren. Es ist die Aufgabe von jedem einzelnen Demokraten und jeder einzelnen Demokrat in Deutschland darauf zu achten, dass die Fehler des

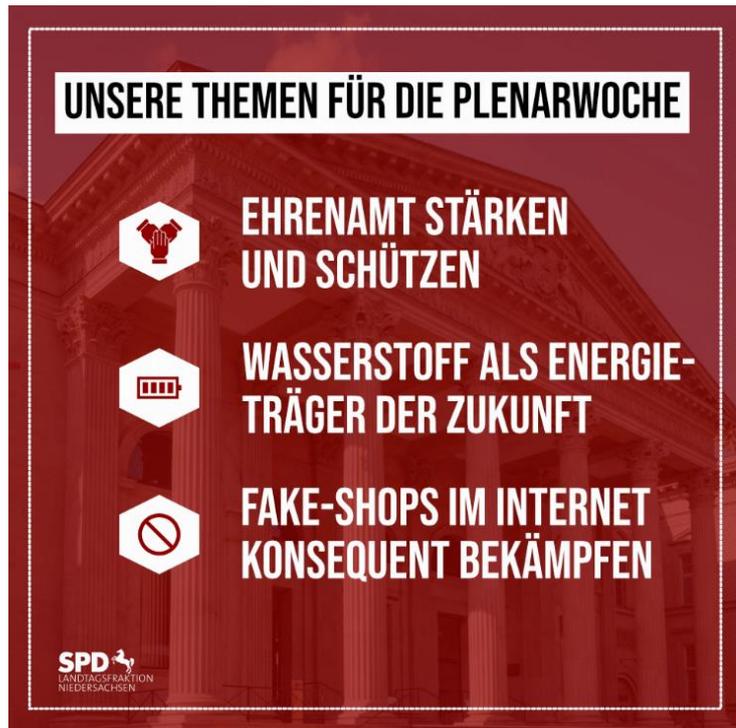
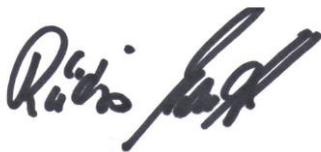


Nationalsozialismus nicht wiederholt werden dürfen. Gerade vor dem Hintergrund der Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz ist die Wahl eines deutschen Ministerpräsidenten mithilfe von Stimmen rechtsextremer Politiker ein Tabubruch, den wir in Deutschland hoffentlich nie wieder erleben müssen!

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Demokratie und Ehrenamt schützen und stärken – entschlossen Eintreten gegen Hass und Hetze!“ haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein deutliches Zeichen für einen toleranten und respektvollen Umgang miteinander gesetzt. Wir lassen es nicht zu, dass sich Hass und Hetze gegen ehrenamtlich Tätige als Normalität etabliert - hier zeigen wir klare Kante! Ehrenamtlich Engagierte müssen in ihrem Handeln nicht nur

weiter gestärkt, sondern leider auch wieder geschützt werden, da sie vermehrt Angriffsziel einer kleinen, lauten und hetzenden Minderheit werden. Hier müssen wir als Vertreterinnen und Vertreter einer Wehrhaften Demokratie vorangehen und die große schweigende Masse aktivieren, sich der tobenden Minderheit in den Weg zu stellen. Dabei nehmen die Strukturen des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements tragende Rollen ein, um unseren sozialen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch euer



UNSERE THEMEN FÜR DIE PLENARWOCHE

-  **EHRENAMT STÄRKEN UND SCHÜTZEN**
-  **WASSERSTOFF ALS ENERGIE-TRÄGER DER ZUKUNFT**
-  **FAKE-SHOPS IM INTERNET KONSEQUENT BEKÄMPFEN**

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Niedersachsen handelt entschlossen bei der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes:

In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz hat im Januar eine Anhörung zum Klimagesetz der regierungstragenden Fraktionen von SPD und CDU stattgefunden.

Dazu erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff: „Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn soziale, ökologische und ökonomische Anforderungen gleichermaßen mit einbezogen werden. Für uns sind ein konsequenter Klimaschutz und der Erhalt von Arbeitsplätzen zwei Seiten der gleichen Medaille. Dabei vertreten wir auch die Auffassung, dass jener Wandel nur durch Innovation und nicht durch Verbote erreicht werden kann.“

Die Sitzung habe deutlich aufgezeigt, dass der Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft alternativlos sei, aber gerecht gestaltet sein müsse, so der SPD-Politiker Kauroff: „Niemand darf zurückgelassen werden – nur eine soziale Klimapolitik kann das Klima auf Dauer schützen. Mit einem Paket aus einer ambitionierten Klimaschutzpolitik, einem langfristig angelegten Investitionspfad und einer aktiven Strukturpolitik bietet der Wandel in Niedersachsen große Chancen für neue und auch nachhaltige Beschäftigungen. Für uns als SPD ist zudem klar: Der Bund muss die Länder und Kommunen bei Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, insbesondere im Küsten- und Hochwasserschutz, wesentlich stärker unterstützen!“

Im Rahmen der Anhörung zum Klimagesetz wurde bezogen auf die Aufnahme des Klimaschutzes in die Landesverfassung herausgearbeitet, dass die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatszielbestimmung nicht nur ein politisches Bekenntnis zum Klimaschutz ist, sondern auch Landtag, Verwaltung und Gerichte verpflichtet, den Klimaschutz bei Entscheidungen zu berücksichtigen. „So sorgen wir beim Klimaschutz für mehr Verbindlichkeit“, erklärt Rüdiger Kauroff. „Niedersachsen wäre damit das erste Bundesland, dass den Klimaschutz in seine Verfassung schreibt!“

Der in Artikel 1 II der Landesverfassung geregelte Schutz der natürlichen Lebensbedingungen wird durch die Neuregelung ergänzt und konkretisiert. „Mit der Verfassungsänderung schaffen wir einen verfassungsrechtlichen Mehrwert gegenüber der bestehenden Rechtslage und stärken so den Klimaschutz“, so der SPD-Politiker.

75 Jahre Befreiung von Auschwitz:

„Die Worte ‚Nie wieder‘, die wir vor dem Kontext der grausamen Shoah und dem Leid von mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden sowie ihren Familien aussprechen, dürfen nicht leere Worthülsen sein, sondern müssen mit Leben gefüllt werden. Mit tiefer Trauer und historischer Schuld blicken wir gemeinsam zurück auf einen grausamen Krieg und einen industriellen Massenmord, der bis aufs Mark erschüttert und keine Worte für jenen Schmerz findet.

Aus der Erinnerung der Vergangenheit müssen Handlungen für die Gegenwart und Mahnungen für die Zukunft entstehen. Die Erinnerung ist elementar, doch darf sie keineswegs einen Schleier auf das Hier und Jetzt legen. Wir dürfen nicht zulassen, dass der gleiche Hass, der damals den Nährboden für unendliches Leid geebnet hat, in neuem Antritt weiter aufkeimt. Es sind die gleichen Schatten in neuer Montur, die damals wie heute mit ihrem Antisemitismus, ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Hass



das gesellschaftliche Klima und den Zusammenhalt vergiften. Jetzt ist die Zeit, dass die schweigende Mehrheit der Anständigen sich zu unserer Demokratie bekennt und für sie eintritt, bevor das Böse durch langes Zögern weiter erstarkt.

Das dunkelste Kapitel unserer Geschichte darf sich niemals wiederholen. Dies darf kein schlichtes Lippenbekenntnis sein. Wir alle sind gefordert, jeder Form von Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten. Aus der Geschichte zu lernen heißt, unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Anfeindungen, Hetze und Übergriffen zu schützen. Aus der Geschichte zu lernen heißt, den Holocaust nicht zu vergessen und ein solches Verbrechen nie wieder geschehen zu lassen. Es ist unser aller Pflicht!“

Tarifvertrag in Pflegeberufen jetzt durchsetzen:

Die Existenz von ambulanten Pflegediensten – und damit die flächendeckende ambulante pflegerische Versorgung – ist von zentraler Bedeutung, gerade für die ländlichen Regionen im Flächenland Niedersachsen. Es ist absehbar, dass durch den demografischen Wandel die zukünftigen Pflegebedarfe weiter steigen werden. Dazu erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff: „Um die pflegerische Versorgung in Niedersachsen langfristig zu gewährleisten und zu sichern, muss zwingend verhindert werden, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zum Spielball von Interessenverhandlungen zwischen Leistungserbringern und Pflegekassen werden.“

Die Situation und der dringende Handlungsbedarf in der Pflege wird seit Jahrzehnten von allen Expertinnen und Experten der Fachszene eindringlich beschrieben. Um den Problemen in der Nachwuchsgewinnung von Pflegefachkräften entgegenzuwirken, bedarf es besserer Arbeitsbedingungen und vor allem einer anständigen tariflichen Bezahlung, so Kauroff: „Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern weiterhin einen zeitnahen Abschluss eines Tarifvertrags Soziales, welcher auf lange Sicht als allgemeinverbindlich zu erklären ist. Es darf nicht sein, dass Fachkräfte in der Pflege in verschiedenen Bundesländern Gehaltsunterschiede von bis zu 1.000 Euro hinnehmen müssen – dies ist nicht nur willkürlich, sondern unanständig!“

„Es braucht nicht nur einen Tarifvertrag Soziales, sondern der Bund muss zudem seine angekündigten Initiativen zur tariflichen Entlohnung in der Pflege mit Nachdruck beschleunigen. Auf Landesebene werden Investitionsmittel zukünftig nur noch an Pflegeeinrichtungen gegeben, die sich zu einer tariflichen Entlohnung bekennen und diese nachweisen können. Dies ist ein wichtiger Schritt.“

Der Bund sei außerdem gefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, um eine auskömmliche Finanzierung der Wegpauschalen durch die Pflegekassen umzusetzen. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich zudem für die Aufnahme eines sogenannten Verbandsklagerechts auf Bundesebene ein, welches Verbänden stellvertretend für die Träger die Möglichkeit gibt, ihre Rechte juristisch zu vertreten.

Stärkung der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen:

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns fortlaufend für eine Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die niedersächsischen Berufsschulen nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein und sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Ohne eine erfolgreiche berufliche Bildung fehlt das Fundament unserer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft.

Um die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen weiter zu stärken, müssen wir die Unterrichts- und Lehrkräfteversorgung kontinuierlich verbessern. Trotz einer Steigerung der Unterrichtsversorgung um 1,3 Prozentpunkte im laufenden Schuljahr und einem Gesamtwert von 90,7 Prozent bleibt die Verbesserung der Unterrichtsversorgung auch weiterhin unsere Kernaufgabe, die wir mit Nachdruck angehen. Eine gute Unterrichtsversorgung kann nur gewährleistet werden, wenn die in früheren Haushaltsplänen vorgesehenen Stellenstreichungen im Bereich der berufsbildenden Schulen zurückgenommen werden und den Schulen für Vertretungslehrkräfte weiterhin ein ausreichendes eigenständiges Budget zur Verfügung steht.

Mit unserem Antrag, den wir in der vergangenen Plenarsitzung auf den Weg gebracht haben, bitten wir die Landesregierung, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um die Unterrichtsversorgung an niedersächsischen BBSen weiter zu verbessern und so auf eventuelle Stellenbedarfe flexibel reagieren zu können. Weitere wichtige Eckpunkte sind die Erarbeitung eines Konzepts zur Attraktivitätssteigerung der Aufnahme einer Lehrtätigkeit an berufsbildenden Schulen und die Erleichterung der Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern sowie die Ausweitung von Studienkapazitäten für grundständig ausgebildete Lehrkräfte.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Rahmen des BBS-Pakets 2020 65 Millionen Euro zusätzlich für die niedersächsischen BBSen im Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung gestellt werden. Davon entfallen allein 15 Millionen Euro als festes Budget für die Beschäftigung von Vertretungslehrkräften und weitere 15 Millionen Euro für insgesamt 260 zusätzliche Planstellen – ein wichtiges Signal!

Wasserstoffstandort Niedersachsen stärken:

Für ein weiteres Vorantreiben der Energiewende und eine konsequente Bekämpfung des Klimawandels werden innovative Technologien wie beispielsweise Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen. Bereits im vergangenen Jahr haben die norddeutschen Bundesländer eine gemeinsame Wasserstoffstrategie beschlossen.

„Um die Energiewende weiter erfolgreich zu gestalten, ist eine sektorübergreifende Verknüpfung von Gas, Strom, Wärme, Industrie und Verkehr notwendig. Dies ist gerade für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung“, erklärt Rüdiger Kauroff, Mitglied im Wirtschaftsausschuss: „In diesem Zusammenhang verfügt die Power-to-Gas-Technologie über beträchtliches Potenzial.“

Der Antrag der SPD-Fraktion zielt darauf ab, den Anteil des „grünen“ Wasserstoffs im Energiemix zu erhöhen, so Kauroff: „Wir müssen auf Bundesebene regulatorische und gesetzliche Vorgaben dahingehend anpassen, dass Technologien wie Power-to-Gas ihr volles Potenzial nutzen können. Auch Steuern, Abgaben und Umlagen sind so zu gestalten, dass die Wasserstofftechnologie konkurrenzfähig gegenüber anderen Energieträgern wird. Derzeit gestaltet sich die Power-to-Gas-Technologie

noch zu kostenintensiv. Ohne die EEG-Umlage, welche im Kontext von Power-to-Gas für die Einspeisevergütung zuständig ist, könnte die Wasserstoffspeicherung mit einer einfachen Stellschraube rentabel gestellt werden“, sagt der Wirtschaftspolitiker.

„Die SPD-Landtagsfraktion vertritt die Auffassung, dass perspektivisch der Ausbau eines Wasserstofftankstellennetzes sowie der damit verbundenen Infrastruktur alternativlos ist“. Abschließend erklärt der SPD-Politiker: „Für uns ist klar: Grüner Wasserstoff ist die Zukunft, und wir müssen weiter daran arbeiten, neue Ausbau- beziehungsweise Speichermöglichkeiten durch die Umwandlung von regenerativem Strom in synthetisches Methan zu fördern!“



Mein Team im Büro und im Wahlkreis:





Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge